WerkstattGeschichte 3, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1993, S. 16-26

smög TU Berlin*
»Der Müll muß doch heraus aus Berlin!«[1]

Der Gegenstand liegt auf der Straße. Er ist das Endprodukt unserer Konsumgeschichte und tritt in einer Großstadt wie Berlin in Massen auf: Wohin mit dem »festen, städtischen Haushaltsmüll«? Wir haben vor Ort nachgesehen, wie er in Berlin zwischen 1900 und 1945 gesammelt, getrennt, verwertet, verbrannt und deponiert wurde. Ein Ende ist noch nicht abzusehen, solange dem Naheliegenden – Müllvermeidung – aus dem Weg gegangen wird.

Das Charlottenburger Dreiteilungssystem[2]

Als im Winter 1899/1900 Teile der Spree und der Havel zufroren, konnten die Charlottenburger ihren Müll nicht zu den umliegenden Gemeinden verschiffen lassen. Der Magistrat sah sich daher gezwungen, die Müllabfuhr in städtische Regie zu nehmen. Auch auf diesem Feld wollte Charlottenburg eine fortschrittlich-liberale Position ergreifen, die seine Kommunalpolitik gegenüber der der benachbarten Reichshauptstadt in vielen Bereichen auszeichnete.

Als zukunftsweisende Müllbeseitigungskonzepte galten im Kaiserreich Müllverbrennung und -sortierung. Nach erfolglosen Versuchen, Charlottenburger Müll kostendekkend zu verbrennen, beauftragte der Magistrat nach einer öffentlichen Ausschreibung am 1. April 1907 die »Charlottenburger Abfuhrgesellschaft« (CHA) mit der Müllabfuhr. Die CHA arbeitete mit dem Dreiteilungssystem.

Offiziell erhielt die CHA den Auftrag, weil ihr Angebot preisgünstiger war als das des einzigen Mitbewerbers, eines Subunternehmers der »Berliner Wirtschaftsgenossenschaft«, die Abfälle unsortiert auf Halden deponierte. Doch hatten im Vorfeld eine Reihe von Stadtverordneten und insbesondere der Oberbürgermeister Schustehrus sich für das Dreiteilungssystem stark gemacht. Schustehrus hielt die Dreiteilung für eine »ausgezeichnete Idee, weil sie nicht nur hygienisch vortrefflich wirkt, sondern auch nationalökonomisch zweckmäßig ist, weil die großen Werte, die in dem Müll einer Großstadt vorhanden sind, nicht nutzlos weggeworfen, sondern dem Nationalvermögen wieder zugeführt, weil neue Werte aus ihnen geschaffen werden.«[3]

Nach dem Vorbild einiger amerikanischer Städte wie New York, Philadelphia oder Baltimore teilte die CHA den Müll in drei Gruppen: a) Asche und Kehricht, b) Küchenabfälle und c) sperrige Abfälle wie Papier, Pappe, Scherben, Lumpen, Metalle, Holz und Konservenbüchsen. Den Berechnungen des Stadtbaurats Bredtschneider zufolge bestand Charlottenburger Müll zu zwei Dritteln (64 Prozent) aus Asche und Kehricht, zu 21,5 Prozent aus Sperrstoffen und zu 14,5 Prozent aus Küchenabfällen. Jeder Charlottenburger hinterließ durchschnittlich ein halbes Kilo Müll am Tag. Im Jahre 1909 fielen bei den 280.000 Einwohnern Charlottenburgs 48.000 Tonnen Müll an.[4]

Für die drei Abfallsorten stellte die CHA in den Hinterhöfen drei verschiedene Eisenkästen auf, die sie jeweils einmal wöchentlich auf ihren Müllwagen entleerte. Per

Eisenbahn wurden anschließend Asche und Kehricht zum 30 Kilometer entfernten Röthehof transportiert und dort verkippt, die übrigen Abfälle nach Seegefeld gefahren, rund 14 Kilometer westlich von Charlottenburg. Dort wurden sie in einer Entstaubungsanlage grob gereinigt, anschließend von Frauen auf einer Schüttelrinne sortiert, später verpackt und an verschiedene Unternehmen verkauft. Die nicht verwertbaren Teile am Ende der Schüttelrinne, laut Bredtschneider immerhin 76 Prozent der »Sperrstoffe«, landeten im angrenzenden Feuerungsraum des Kesselhauses. Dort wurden auch die Küchenabfälle entwässert, sterilisiert, weichgekocht und gesiebt. Den so gewonnenen Brei versetzte die CHA mit Kraftfutter und mästete damit ihre rund 2.000 Schweine in benachbarten Stallungen.

Um die Sortierungsbereitschaft der Charlottenburger Hausfrauen und Dienstmädchen zu fördern, verkaufte die CHA eigens konstruierte Küchenabfallspinde. Ihr schon 1902 patentierter Spind bestand aus drei Fächern – zwei waren von oben, einer von vorne durch einen Klappmechanismus zugänglich. Für die sperrigen Abfälle war die linke Hälfte vorgesehen, wo ein auswechselbarer Beutel an einem Bügel hing. Die Küchenabfälle sollten in das obere rechte Fach, Asche und Kehricht in das Klappfach darunter geworfen werden. In beiden Fächern hingen herausnehmbare Eimer.[5] Zugleich versuchte ein »Verein für gemeinnützige Abfallverwertung«, der mit 30 Prozent am Erlös der CHA beteiligt war, durch Zeitungsanzeigen, Rundschreiben an die Mieter, Unterricht in den Schulen und Besichtigungen in der Seegefelder Sortieranlage die Vorteile der Dreiteilung zu erklären.

Nach den Worten von Oberbürgermeister Schustehrus schien das Konzept zunächst aufzugehen. Einen Monat nach Einführung des Dreiteilungssystems erklärte er, bei einer Revision an Ort und Stelle habe er feststellen können, »daß in fast allen Fällen – es sind verhältnismäßig sehr geringe Ausnahmen – die Dreiteilung tadellos durchgeführt wird«.[6] Das sollte sich jedoch ändern.

1908 mußte die CHA statt des kalkulierten Gewinns von 600.000 Mark einen Verlust von fast einer halben Million Mark hinnehmen, der sich im darauffolgendem Jahr um weitere 50.000 Mark vergrößerte. Die Stadt erhöhte daraufhin den Gebührensatz von 1,30 auf 1,80 Mark und übernahm Zinsgarantien für die Kredite der Abfuhrgesellschaft.[7] Die Charlottenburger leisteten sich somit das teuerste Müllabfuhrsystem in Deutschland. Dennoch kam die CHA aus den roten Zahlen nicht mehr heraus.

Das hatte verschiedene Ursachen: Im September 1907 brach in Seegefeld die Schweinepest aus und vernichtete einen Großteil des Tierbestandes.[8] Außerdem stand eine Müllverladehalle, die die Stadt für den Eisenbahntransport bauen ließ, erst Mitte 1908 bereit – bis dahin mußte der Müll unter erhöhten Kosten provisorisch verladen werden.

Für das Scheitern der Dreiteilung machten Zeitgenossen aber vor allem die Hausfrauen und Dienstmädchen verantwortlich, die den Müll angeblich schlecht sortierten. In einem Zeitungsartikel, der für die Sortierung warb (»Das ist ein ewiger Kreislauf des Stoffes, der genauso bewunderungswürdig ist wie der Kreislauf des Wassers auf der Erde.«), ließ die Autorin den Leiter der Seegefelder Anstalt berichten, daß täglich rund 80 Säcke Asche in die falschen Eimer gefüllt würden.[9] Und der Magistrat resümierte 1911: »Die ungenügende Durchführung der Dreiteilung des Hausmülls durch die Bevölkerung ist eine Folge des geringen Verständnisses und Interesses, welches von der Allgemeinheit der Sache entgegengebracht wird«.[10] Zudem sei die Unterstützung der Polizei mangelhaft.

Die Polizei war nämlich per Ortsstatut verpflichtet, die korrekte Teilung der Abfälle zu beaufsichtigen. Doch diese Regelung stieß bei Polizei und Hausbesitzern von Anfang

an auf Unwillen, und im Juni 1911 lehnte der Polizeipräsident es »grundsätzlich« ab, »gegen Mieter und Dienstpersonal, welches der Übertretung der Polizeiverordnung überführt ist, mit Strafen vorzugehen«.[11]

Der Weltkrieg trieb die CHA endgültig in den Ruin: Viele Arbeiter und Pferde wurden eingezogen, neue Arbeitskräfte und Haferrationen waren knapp und zu teuer. Am 13. April 1917 mußte die CHA den Betrieb einstellen. Paradoxerweise pries die preußische Regierung zweieinhalb Jahre zuvor das Charlottenburger Dreiteilungssystem als vorbildlich, weil sie Müll als ein wertvolles und kriegswichtiges Gut entdeckt hatte. Im November 1914 wies das Innenministerium in einem Rundschreiben die preußischen Städte an, »die Küchenabfälle zur Herstellung von Futter für die Viehbestände« zu verwerten und die Müllbeseitigung »zweckmäßiger« zu gestalten. Denn der möglicherweise lange währende Krieg sei nur zu gewinnen, wenn Deutschland auch aus der wirtschaftlichen Kraftprobe siegreich hervorginge und die deutsche Volkswirtschaft auf eigene Füße gestellt werde. Als »bahnbrechend« könnten hierbei die Müllverwertungsversuche der Charlottenburger Dreiteilungsgesellschaft gelten. Der CHA nützte das wenig. Und die Hoffnung des Ministeriums, Müll auch in Friedenszeiten wiederzuverwerten, blieb unerfüllt. Erst als es um die Vorbereitung eines neuen Krieges ging, sollte es wieder Bestrebungen geben, den Müll in großem Maßstab zu sortieren und wiederaufzubereiten.

Müllverbrennung in Berlin-Schöneberg

Die Müllabfuhr der 1920 gebildeten Gemeinde Groß-Berlin wurde erst seit 1922 mit der Gründung der »Bemag« (Berliner Müllabfuhr-A.G.) stadtweit organisiert, denn um das zukünftige Konzept der Müllabfuhr festzulegen, wollte der Berliner Magistrat abwarten, wie die Müllverbrennungsversuche in Schöneberg ausfielen.[12] Diese. bis 1920 selbständige Stadt hatte 1919 die Müllabfuhr kommunalisiert und 1921 die erste Großanlage zur Müllverbrennung im Berliner Raum installiert.[13]

Schon in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts hatte man die Leistungsfähigkeit zweier englischer Öfen. Diese Hoffnungen wurden allerdings enttäuscht. In eineinhalb Jahren investierte die Stadt 130.000 Mark Forschungsgelder in diese Versuche. Eine Verbrennung nach englischem Muster, d.h. des gesamten Mülls, wie er aus den Häusern kam, war aber unter Berliner Verhältnissen nicht durchführbar.[14]

Für die Müllverbrennung bestand der wesentliche Unterschied darin, daß in England vorwiegend mit Steinkohle, in vielen deutschen Städten dagegen mit Braunkohle geheizt wurde. Die Steinkohle verbrannte im Gegensatz zur Braunkohle in den Haushaltsöfen nur unvollständig, so daß in der Steinkohlenasche bis zu 25% brennbare Stoffe verblieben. Diese Besonderheit zeigt auch eine Statistik aus dem Jahre 1937.[15] Während der Hausmüll Londons einen durchschnittlichen Brennwert von 2 900 cal/kg und der von Paris immerhin einen Brennwert von 2 000 cal/kg aufwies, besaß der Hamburgs und Berlins nur einen Brennwert von ca. 1 000 cal/kg.

Offensichtlich hatte man aber durch weitere, teilweise private Versuche, durch Erfahrungen anderer deutscher Städte, aufgrund der allgemeinen rapiden Fortentwicklung der Technik und eines gewissen Gründungsoptimismus nach dem Ersten Weltkrieg das Vertrauen in die technische Machbarkeit gewonnen, um 1921 eine Großanlage zur Müllverbrennung zu erstellen. Hier sollte der Müll nicht nur hygienisch beseitigt, sondern auch »verwertet« werden, indem einerseits aus dem Verbrennungsprozeß Energie, in Form von Dampf, gewonnen und andererseits aus den Rückständen Baustoffe hergestellt werden sollten.

Allerdings gab es schon bei der Installation der Anlage durch die Firma Vesuvio A.G. München einige Schwierigkeiten. Der Neigungswinkel des Rostes war zu groß, so daß Teile des Mülls unverbrannt herabfielen. Die gelieferte Förderanlage für die Schlacke war unbrauchbar, und überhaupt konnte die Anlage in keiner Weise die von der Firma Vesuvio A.G. gemachten Versprechungen bezüglich des Wirkungsgrades der Anlage und der Vollständigkeit der Verbrennung halten. Nach drei Jahren wurde die Anlage am 31.3.1924 stillgelegt.[16] Sie verbrannte an 279 Betriebstagen insgesamt 20.000 t Müll. Im gleichen Zeitraum fielen in Großberlin weit über 3,7 Mio t Müll an. Die Verbrennung umfaßte also kaum mehr als 0,5% des anfallenden Mülls.

Eine Hauptschwierigkeit war der Zusatz von Kohle. Reichte schon der Brennwert des Mülls nicht aus, um den gesamten, bis dahin ungetrennten Müll zu verbrennen, so förderte der Zusatz von Kohle zwar die Verbrennung, aber nicht in ausreichendem Maß. Der sehr viel schneller verbrennende Müll schloß bei der Schlackenbildung Kohlepartikel ein, was zu einem erheblichen Energieverlust führte.

Auch die Art der Luftzufuhr durch ein großes Gebläse erwies sich als ungünstig. Die Luft strömte von unten den Rost an und erzeugte einen sehr großen Anfall von Flugasche. Damit wurde aber auch ein Teil der in pulverisierter Form beigefügten Schlammkohle zum Schornstein hinausgeblasen. So ging nicht nur Energie verloren, sondern es wurden die benachbarten Wohnviertel unerträglich verschmutzt. Auch dies war ein Grund, die Anlage stillzulegen.

Selbst die Weiterverarbeitung der bei der Verbrennung anfallenden Schlacke von schätzungsweise 16 000 cbm war nicht zufriedenstellend. Die Ofenkonstruktion ließ es zu, daß unverbrannte Bestandteile des Mülls wie Knochen, Gummi, Holz u.a.m. in bedeutenden Mengen in die Schlacke gelangten. Eine solche Schlacke war natürlich kaum als Baustoff zu verwenden. Außerdem nahm das Betonwerk, das ursprünglich die Schlacke zu Baustoffen verarbeiten sollte, seine Arbeit nie in vollem Umfang auf. Ein Rest von ungefähr 5 000 cbm mußte deponiert werden.

Zusätzliche Schwierigkeiten entstanden bei der Dampfabgabe. Als die Anlage ihren Betrieb voll aufgenommen hatte, erzeugte sie stündlich immerhin 9 t Dampf, den sie an das benachbarte Kraftwerk der Südwest A.G. lieferte. Aber infolge allgemeiner Energiesparmaßnahmen nach dem Ersten Weltkrieg mußte die Südwest A.G. eines ihrer beiden Kraftwerke schließen. Das der Müllverbrennungsanlage benachbarte war das ältere und somit das unwirtschaftlichere. Es konnte nur der Kompromiß ausgehandelt werden, daß eine Turbine des Kraftwerks weiterarbeiten sollte.

Für die Müllverbrennungsanlage war das allerdings der Ruin. Sie war von ihrer Konzeption her fest an die Dampfabgabe gebunden. Nun konnte sie nur noch in zwei Schichten arbeiten und büßte damit ihre Wirtschaftlichkeit, die von einem kontinuierlichen Betrieb wesentlich abhing, endgültig ein.

Es gab also vielfältige Gründe, die Anlage endgültig stillzulegen: die unwirtschaftliche Verbrennung, die Anhäufung von schätzungsweise 5000 cbm unbrauchbarer Schlacke, das Versagen des Betonwerkes, die Schwierigkeiten bei der Dampfabnahme, die hohe Flugaschenbelästigung und allgemeine Betriebsstörungen.

Der Ofen der Müllverbrennungsanlage wurde nur noch einmal für verschiedene Tests bei der Verbrennung von vorsortiertem Müll verwendet. Ansonsten wurde in einem Gutachten festgestellt, daß für eine Weiterführung des Werkes Investitionen von über 530 000 RM, z.B. für den Einbau von Staubfiltern usw., nötig gewesen wären. Diese Summe war aber dem Berliner Magistrat offensichtlich zu hoch.

Die Deponie – das permanente Ärgernis

Das wirtschaftliche Mißergebnis des Dreiteilungssystems und die Schwierigkeiten bei der Schöneberger Müllverbrennungsanlage führten dazu, daß sich der Berliner Magistrat nun allein auf die Deponierung des Mülls als »Müllkonzept« der nächsten Jahrzehnte festlegte. Die Deponie behauptete sich also nicht mehr wie vordem nur faktisch, sondern auch argumentativ gegen die rivalisierenden Ansätze der »Müllverwertung«.

In Berlin war es seit dem 19. Jahrhundert Usus, den städtischen Müll über die Stadtgrenzen hinauszubefördern und dort »in stiller Waldeseinsamkeit« verrotten zu lassen. Kurz nach der Jahrhundertwende kam jedoch der Deutsche Verein für Öffentliche Gesundheitspflege zu der Ansicht, eine Gesundheitsgefährdung durch Müll sei nicht in dem Maß gegeben, wie man zuvor befürchtet hatte[17]: Wenn bestimmte Auflagen eingehalten würden, könnte man Müll durchaus in der Landwirtschaft verwenden oder auf Halde kippen.

Innerhalb Berlins galt für den Mülltransport schon seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert eine Staubschutzverordnung; Mülldeponien mußten nun außerdem mit einer Erdschicht bedeckt und von Ungeziefer frei gehalten werden. Außerhalb Berlins galten schärfere Bestimmungen: Den an die Stadt angrenzenden Kreisen war es kurz vor der Jahrhundertwende gelungen, eine Ringzone von 30 Kilometern durchzusetzen, die für die Müllunternehmer tabu sein sollte. Ausnahmegenehmigungen erteilte das Regierungspräsidium in Potsdam – und das nicht zu knapp, denn ein Mülltransport über 30 km hinaus war unwirtschaftlich. So lagen denn die in den zwanziger Jahren angelegten Deponien doch innerhalb dieses Bereichs. Das Regierungspräsidium arbeitete einen standardisierten Auflagenkatalog aus, der die Berliner Bestimmungen ergänzte: Wenn es sich um Kippen in der Nähe fließender Gewässer handelte, verlangte die Behörde Hochwasserschutz, einer möglichen Grundwassergefährdung ließ sie dagegen nicht vorbeugen.[18]

Die Umgebung Berlins bot vielfältige Möglichkeiten zur Versenkung des Großstadtmülls, besonders die ausgedienten Tongruben der zahlreichen Ziegeleien, die den Berliner Bauboom der Gründerzeit ermöglicht hatten. Die bis heute brisanten Großdeponien in Schöneiche und Vorketzin sind in den zwanziger Jahren in solchen ehemaligen Tongrubengegenden entstanden. Bei der Anlage dieser Deponien regte sich dort kein Protest, im Gegenteil: So ließ die hohe Arbeitslosenrate in Ketzin den dortigen Magistrat auf die Müllieferung aus Berlin-Wilmersdorf geradezu hoffen, denn sie brachte Einnahmen und beschäftigte wenigstens ein paar Dutzend Menschen. Außerdem galten ausgebeutete Tonlöcher nicht als »schützenswerte« Landschaften.[19]

In vielen Fällen, in denen eine Deponie geschaffen werden sollte, gab es dagegen Beschwerden von Anwohnern. Meistens standen Landhaus- oder Gartenkolonien, Ausflugsgebiete, Kur- und Ferienheime mit ihrem Erholungswert für Städter auf dem Spiel. Dennoch gab es auch aus industriell geprägten Vororten Proteste. Geschickt agierte beispielsweise 1925 die Gemeinde Tasdorf bei Rüdersdorf, ein bis heute unter den Auswürfen einer Kalkfabrik leidender Ort östlich von Berlin, als ihr eine Deponie der Berliner Müllabfuhr-A.G. (Bemag) ins Haus stand: Ein Bürgerverein, eine Straßengemeinschaft, ein Vermieterverein, die Reichsbahn, der Landrat, der Amtsarzt, der Gemeindevorsteher – sie alle verfaßten je eine eigene Petition gegen die Anlage der Deponie, und wer noch nicht unterschrieben hatte, konnte sich auf eine weitere Liste setzen, auf der am Ende hunderte von Namen standen. Diese Gemeinschaftsaktion konnte die Deponie tatsächlich verhindern: Das Regierungspräsidium verweigerte der Bemag eine Ausnahmegenehmigung.[20] Widerstand gegen geplante Müllplätze konnte

also durchaus Erfolg haben, besonders wenn er in der Bevölkerung breit verankert war und von lokalen Amtsträgern unterstützt wurde. Wo die anvisierte Gemeinde aber von sich aus ein Interesse an oder aber Gleichgültigkeit gegenüber ihrer Zukunft als Müllschlucker Berlins signalisierte, kam eine Deponie hin. Mülldeponien wurden also weder nach dem Grad ihrer ökologischen Brisanz noch aufgrund des industriellen oder ländlichen Charakters der jeweiligen Umgebung genehmigt oder abgelehnt, sondern nach ihrer politischen Durchsetzbarkeit.

Bestehende Deponien aufzulösen, gelang den betroffenen Orten fast nie. Wenn sich Anwohner über Beeinträchtigungen ihres Wohlbefindens durch schlechte Gerüche, Fliegen und Ungeziefer beschwerten, ließen die Behörden nur prüfen, ob die Auflagen erfüllt wurden. Die zu einer Stellungnahme aufgeforderten Kreisärzte hatten meistens keine hygienischen Bedenken. Äußerste Milde ließ auch das Preußische Innenministerium walten, als es 1926 um Lieferungen von Schwefelsäure nach Schöneiche ging. Das Ministerium war zufrieden, wenn die Säure in eine »luftdicht abgeschlossene Grube« geleitet wurde.[21]

Wie aussichtslos es war, gegen eine einmal begonnene Müllschüttung anzugehen, selbst wenn damit ein landschaftlich besonders reizvolles Gebiet verschandelt wurde, zeigt der folgende Fall.

Eine Mülldeponie im Tegeler Fließ[22]

»Schildow, Juni 1924. Eine Naturverschandelung übelster Art ist an der Grenze der Schildower Feldmark, nicht ganz 1 km vom Ort selbst, seitens der Stadt Berlin bzw. ihrer Organe seit ungefähr einem halben Jahr zu bemerken... Dieses Tal mit seinen Wiesen, Feldern und Wäldern sollte gerade für die Bewohner des nördlichen Groß-Berlins, das doch so arm an Erholungsstätten ist, ein Jungbrunnen ihrer Lungen und ihrer Kraft bilden – heute ist es eine Stätte des Grauens, des Abscheus und des Ekels geworden.«[23]

Die Deponie wurde unmittelbar an der sogenannten »Heidekrautbahn«, am Stadtrand zwischen Blankenfelde und Schildow angelegt, nur 15 km von der Berliner Müllverladestelle IV, Behmbrücke, entfernt.[24] Sie befand sich auf dem Gelände des Rieselgutes Blankenfelde, das seit 1882 zum Besitz der Stadt Berlin zählt und noch heute zum nördlichen Verwaltungsbezirk Pankow gehört. Zwischen 1923 und 1931 war der Abladeplatz inmitten einer flachen, grünen Flußlandschaft die größte Deponie für den Großstadtmüll. Als der Abfallberg eine Höhe von 18 m erreicht hatte, wurden 1932 für ein knappes Jahr Arbeitslose vom Freiwilligen Arbeitsdienst für Planierungsarbeiten eingesetzt.[25] Da jedoch weiterhin Frischmüll geliefert wurde, glich die Aktion eigentlich eher einer Sisyphos-Arbeit. In den vorliegenden Akten korrespondieren die Beteiligten wieder und wieder über das baldige Ende der Schüttung. Hier drehte es sich vor allem um die Stadtgüter GmbH und das Bezirksamt Pankow, welches für die Stadtteilbewohner um den Erhalt des Tegeler Fließtales bangte. Tatsächlich wurde die Deponie jedoch erst Ende der 60er Jahre stillgelegt.[26]

Das Gelände diente gleichzeitig auch landwirtschaftlichen Versuchen. So berichteten im Oktober 1926 Erfolgsmeldungen über eine gute Roggenernte und ausgezeichneten Klee, der sogar auf unbesandetem frischem und altem Müll hervorragend gewachsen sei. Nur der Hafer sei leider durch den sich zersetzenden Müll »ausgebrannt«. In den frühen 50er Jahren pflanzte das – nunmehr volkseigene – Gut Blankenfelde eine Obstplantage auf den Müll, mit dem die DDR 1961 auch den nahe gelegenen Grenzstreifen aufschütten ließ.

Der »Fall Schildow« war bereits in seinen Anfängen ein zweifelhaftes Unternehmen.

So versäumte das Polizeiamt Pankow, eine formelle Genehmigung zu erteilen, zu der es laut Polizeiverordnung betreffend Müllabladestellen, verpflichtet war. Während täglich 26 Eisenbahnwaggons, vollgefüllt mit städtischem Hausmüll, am Schildower Bahnhof entladen wurden, verhandelten das Bezirksamt Pankow, die Gemeinde Schildow und die Stadt Berlin über die Beendigung der Schüttung. Schließlich wurde in einer Sitzung des Berliner Magistrats am 25. März 1925 der Antrag des Bezirksamtes auf die definitive Einstellung von Müllieferungen nach Schildow abgelehnt, und es wurden die üblichen Bedingungen für die weitere Erlaubnis festgelegt, d.h. staubfreie Müllabfuhr, sofortige Abdeckung der Abfälle mit einer Erdschicht und die alljährliche Besichtigung des Tatorts.

Ein Leitmotiv in den Akten ist die Klage über die jegliche vereinbarte Grenzen sprengende Müllschüttung. Aber die Bemag hatte nicht nur in der Stadtgüter GmbH einen einflußreichen Fürsprecher, sondern auch in dem Zwischenpächter Koepchen, der das besagte Gelände seit 1923 bis voraussichtlich 1952 u.a. für landwirtschaftliche Zwecke gepachtet hatte, und der nun an den Müllieferungen der Bemag verdiente. In einem Schreiben an den Oberbürgermeister vom November 1926 trat er vehement für die Sache der Bemag ein: Einer der Vorteile der Abladestelle – so der Pächter zum OB – läge in ihrer Nähe zur Stadt, denn je weiter die Frachtwege seien, desto kostspieliger würde der Müll, und dies werde letztendlich zu Lasten der Berliner Bevölkerung gehen. Und dann nannte Koepchen die Arbeit der Berliner Müllabfuhrgesellschaft »Nutzbarmachung von Ödländern zu Kulturland« und verabschiedete sich mit den Worten: »Hier soll nichts Schönes vernichtet, sondern erst Schönes geschaffen werden«.[27] Ironie der Geschichte: Der in der Nähe gelegene See, eine Tongrube mit müllverseuchtem Wasser, heißt heute – ganz offiziell – »Koepchensee« und steht unter Naturschutz.

Der Standort beherrschte von Anfang an die Diskussion um die Deponie. Naturschützer beklagten den Verlust einer Freifläche, des »sanitären Grüns«, Erholungsstätte für den lungenschwachen Großstadtbewohner.[28] Und weil es sich hier nicht nur um ein – heute noch – beliebtes Wochenendziel handelte, sondern auch um eine wegen ihrer ungewöhnlichen Flora bewunderte Landschaft, schalteten sich Vertreter der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege ein. Die Arbeit der Naturschützer war bestenfalls eine Schadensbegrenzung. Denn seit 1929 wurden nach und nach immer mehr Gebiete des Tegeler Fließtales unter Naturschutz gestellt; die Deponie wurde gewissermaßen eingekreist. Und der Naturschutz interessierte sich vor allem für die landschaftliche Anpassung der Müllschüttung, das heißt: »schroffe Abstürze« und »Steilabfälle« sollten vermieden werden, weil sie nicht in die »sanft geschwungenen Linien der Landschaft um das Tegeler Fließ passen.« Auch dies blieb nur ein frommer Wunsch. Die Deponie ist heute einer der wenigen höher gelegenen Aussichtspunkte mit Blick auf den ehemaligen Grenzstreifen zwischen Ost- und West-Berlin.

Meliorationsversuche mit Müll im Havelland[29]

Eine Deponie erfuhr argumentative Aufwertung, wenn sie mit einer landwirtschaftlichen Nutzung des Mülls gekoppelt war, wie dies auch in Schildow teilweise geschehen war: Koepchen hatte sich hier auf die in Fachkreisen seit der Jahrhundertwende akzeptierte »landwirtschaftlichen Verwertung des Mülls« berufen. Dieses Konzept hatte angesichts der Nachkriegskrise staatliche Unterstützung erhalten: Die Kultivierung bislang noch nicht oder kaum genutzter Flächen (Moor- und Waldgebiete, sandige Ödländereien) wurde forciert. Auf diese Weise sollte der Verlust der für die Nahrungsmittelproduktion wichtigen Provinzen Posen und Westpreußen durch »innere Kolo-

nisation« kompensiert werden. Das Land Preußen ergriff Initiativen, um die großen Niederungsmoorgebiete entlang der Wasserläufe rund um Berlin (ca. 250.000 ha) in Agrarland umzuwandeln. Verschiedene Berliner Behörden bildeten daraufhin Ausschüsse und Arbeitsgemeinschaften zur Planung und Durchführung von Bodenverbesserungen (Meliorationen).[30] Die finanziellen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen eines staatlich geförderten und gelenkten Kultivierungsprogramms schuf Preußen durch das sogenannte »Dampfpfluggesetz« vom 9.2.1924.[31] Kredite, Maschinen und Personal (Einsatz von Erwerbslosen als Arbeitskräfte, akademische Fachkräfte als Versuchsleiter und Berater) wurden zur Verfügung gestellt, um die Meliorationsarbeiten voranzutreiben. Neben der kostenintensiven Entwässerung der Feuchtgebiete setzte man auch städtischen Hausmüll zur Trockenlegung und zur Bodenverbesserung ein.

Ein Pionier auf diesem Gebiet war der Landwirt und Rittergutsbesitzer Arthur Schurig aus Markee bei Nauen, der seit 1912 mehrere tausend Hektar Moorgebiet im Havelländischen und Rhinluch zu Ackerland und nicht, wie dort üblich, zu Weideland gemacht hatte. »Den Anstoß zu dieser Art der landwirtschaftlichen Müllverwertung gaben die in der Nähe von Markee bzw. Päwesin aufgeschütteten Müllhalden.(...) Die Vegetation auf diesen aufgeschütteten Müllbergen ist außerordentlich üppig, so daß jeder denkende Landwirt durch diese einfache Tatsache stutzig wird.«[32]

Schurig kaufte die ca. 35 km von Berlin entfernte Müllhalde Röthehof bei Markee und ließ sie einebnen. Dann wurde der mit der Bahn angelieferte Müll – jährliche Zuwachsrate rund 60.000 t – zu sechs Meter hohen Halden aufgeschüttet, einem mehrjährigen Gärungsprozeß unterzogen und dann untergepflügt. Kultivierungsversuche ergaben, daß nicht alle Nutzpflanzen gleichermaßen gut auf dem mit »Altmüll« gedüngten Boden gediehen: »Während beim Hanf die Mülldüngung noch einen Mehrertrag gegenüber ›Volldüngung‹ hervorbrachte, ist bei den Kartoffeln dieser Mehrertrag geringer (...). Außer Hanf scheint noch die Zuckerrübe besonders dankbar für eine Mülldüngung zu sein.«[33] Die bodenverbessernde Wirkung der Müllzugabe beruhte auf anorganischen Salzen in der Asche und auf organischen Stoffen wie Speiseresten, Knochen etc..[34]

Die Anwohner des Müllverladebahnhofs Neugarten und des nahegelegenen Röthehofs sowie die örtlichen Behörden scheinen allerdings vom Unterschied zwischen der Kompostierung und Deponierung des Mülls nicht überzeugt gewesen zu sein. Ihre Proteste gegen den »pestartigen Geruch« und die Gesundheitsgefährdung durch Ratten und Fliegen und der Vorwurf, Schurig betreibe Müllplätze statt Melioration, hatten Erfolg: Im Juli 1922 wurden die Gleisanlagen in Röthehof demontiert.[35]

Die Mülltransporte zu den Schurig'schen Gütern Markee, Markau, Bergerdamm, Hertefeld und Schwanebeck, deren Gesamtfläche sich auf ca. 3.000 ha belief, nahmen dagegen stetig zu. Um 1930 ließ der Gutsbesitzer täglich 20 Waggons (à 20-25 t Müll) abladen. Das waren immerhin 16% des Gesamtmülls der Stadt Berlin.[36] Solche Mengen waren wohl nach dem alten Verfahren nicht mehr rentabel zu bewältigen, denn bei Schurig war man allmählich dazu übergegangen, den »Frischmüll« direkt nach der Anlieferung auf dem Feld unterzupflügen. »Den Transport vom Staatsbahnwaggon auf den Acker übernimmt die Feldbahn, teilweise fest verlegt und auf dem Acker selbst als fliegendes Gleis.«[37] In Handarbeit luden Hilfskräfte den Müll aus, lasen die Sperrstoffe heraus und breiteten ihn ca. 20 cm hoch auf dem Acker aus.

Während in Brandenburg das Schlagwort von Schurigs »Müllwüsten«[38] die Runde machte, lobte die Vossische Zeitung diese über zwanzigjährige landwirtschaftliche Nutzung des Mülls überschwenglich: »Kennen sie Markee? Das ist kein neues amerikanisches Schlagwort, sondern für Eingeweihte ein Begriff, (...) denn von hier kommen in

jedem Jahr ungefähr 300.000 Zentner Gemüse und etwa 4 bis 5 Millionen Blumenkohlköpfe nach Berlin.«[39]

Je ärmer allerdings der Müll an humusbildenden organischen Substanzen (Holz, Leder, Lumpen, Speisereste u.a.) durch vorheriges Aussortieren wurde, desto geringer wurde sein Düngewert für den Landwirt. Diesen Effekt verstärkten die Altmaterialsammlungen unter den Nationalsozialisten ab 1936, besonders die 1937 zwangsweise eingeführte Küchenabfallsammlung zur Schweinemast. Die Menge der Küchenabfälle und Sperrstoffe im Müll sank in Berlin zwischen 1936 und 1938 aufgrund dieser Sammlungen um rund 60%.[40] Ob das Schurig'sche Experiment daran scheiterte, wie es 1939 aussah,[41] ist nicht überliefert. Mit Kriegsbeginn gingen die Nationalsozialisten das Konzept der landwirtschaftlichen Müllverwertung jedenfalls wieder forciert an. 1939 behauptete der Deutsche Gemeindetag in seinen »Richtlinien zur landwirtschaftlichen Verwertung des Mülls«[42] wider jede Vernunft, auch der verarmte Müll könne noch als Bodenverbesserungsmittel dienen. Auf das Müllkonzept der Stadt Berlin hatte dies nur die Auswirkung, die gängige Praxis der Deponierung nun per se als »Kultivierung von Ödland« zu deklarieren.

Müllverwertung im Nationalsozialismus

Die Bemag blieb ihrer Gewohnheit, Müll in Tongruben und Feuchtgebiete der Umgebung zu schütten, auch während des Nationalsozialismus treu. 1936 ließ die Stadt mit hohem Kostenaufwand sogar eine neue Verladestelle bauen, von der aus ein Großteil des Mülls mit Schiffen in das Golmer Luch verfrachtet wurde.[43] Hier wie auch auf den anderen Deponien mußten nun aber die Sperrstoffe »erfaßt« und an den Altmaterialhandel abgegeben werden. Nach den Maßgaben des Vierjahresplans von 1936 war nämlich die Müllverwertung in die Kriegsvorbereitung einbezogen worden. Seit 1937 mußten alle deutschen Gemeinden mit mehr als 35.000 Einwohnern Eisen und Metall, Papier, Lumpen, Knochen und Gummi aus dem Müll aussortieren.[44] Die Altmaterialausbeute erreichte bei weitem nicht das anvisierte Ziel. Die Vorgabe – eine Million Tonnen - stand ohnehin auf einer unhaltbaren rechnerischen Grundlage, denn die von der Vierjahresplanbehörde angenommene Menge von 10% »Sperrstoffen« im Müll konnte in allen betreffenden Gemeinden zusammen nur etwa 340 000 Tonnen ergeben.[45] Diese theoretisch im Müll enthaltene Altmaterialmenge wurde aber praktisch höchstens zu einem Viertel »erfaßt«. In Berlin, das 1936 allein ein Fünftel des gesamten Haushaltsmülls aller deutschen Gemeinden über 35.000 Einwohner ausstieß, wurden 1937 nur 2,3% des Mülls aussortiert, und diese Quote sank von Jahr zu Jahr deutlich ab, weil der Müll immer »ärmer« wurde.[46] Die Minimalversorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern erzwang einen sparsamen Umgang mit gebrauchtem Material im Haushalt. Was dann noch übrig blieb, sammelten die Altwarenhändler, Parteiorganisationen und seit 1940 die Schuljugend ein. Die materielle Bedeutung der kommunalen Müllaussortierung war gegenüber diesen Haushaltssammlungen marginal.

Die Altmaterialsammlungen verfolgten hauptsächlich ein propagandistisches Ziel: Jeder einzelne sollte ein Bewußtsein unmittelbarer Beteiligung an der Kriegswirtschaft entwickeln. Der materiell ausschlaggebende Bereich wurde dagegen aus der öffentlichen Darstellung ausgeklammert: die Verwertung industrieller Abfallprodukte und Altmaterialien innerhalb der Betriebe.

Die veränderte stoffliche Zusammensetzung des Haushaltsmülls und seine ungeheure Mengensteigerung in den siebziger Jahren haben das Bewußtsein dafür geschärft, daß die Deponierung auf lange Sicht kein gangbarer Weg zur Müllbeseitigung mehr sein

kann, und »Müllexporte« ins Ausland gelten heute in der Öffentlichkeit als ein Skandal. 1980 gab das Umweltbundesamt daher eine Studie über historische Vorläufer von Recyclingverfahren in Auftrag. Aber nicht Konzepte wie das Charlottenburger Dreiteilungsverfahren interessierten die Auftraggeber, sondern die Abfallwirtschaft im Dritten Reich. Sein Interesse formulierte das Umweltbundesamt 1980 folgendermaßen: » ... einmal weil mit zunehmendem weltpolitischem Gewicht der Rohstoffländer die ökonomisch-politische Erpreßbarkeit der Industrieländer bedrohlich anwachsen wird, zum anderen, weil einige Rohstoffe auch zunehmend knapper werden, was teilweise ökonomisch brisante Preissteigerungen impliziert.«[47] Die aktuelle Diskussion um Mülltrennung und Recycling ist demnach vor allem von ökonomischen Interessen geleitet. Dem steht die Forderung entgegen, die ökologische Verträglichkeit zum Maßstab der Produktion zu machen.

Anmerkungen

* Mitglieder der smög: Carsten Jasner, Dorothee Kastein, Susanne Köstering, Renate Rüb, Olaf Stellberger.

1 Aus einem Schreiben des Landrats von Nauen an den Regierungspräsidenten in Potsdam vom 21.10.1924 betr. Genehmigung der Mülldeponie Vorketzin, Landeshauptarchiv Potsdam (LHA) Rep. 2A I. Pol 2583, Bl. 289.

2 Dieser Abschnitt beruht auf: Carsten Jasner, Müll und Müllbeseitigung im Urbanisierungsprozeß. Berlin und Charlottenburg an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, Magisterarbeit TU Berlin 1991, Kapitel 4.

3 Bezirksarchiv Charlottenburg, Ch MA I., Müllabfuhr 1900-1910, Bl. 340 f.

4 Bredtschneider, Beseitigung und Verwertung des Hausmülls, in: Technisches Gemeindeblatt 1910/11, S. 232 und S. 247.

5 Carl von der Linde, Müllvernichtung oder Müllverwertung, insbesondere das Dreiteilungssystem, Charlottenburg 1906, S. 26 ff.

6 Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Charlottenburg (SB Ch) 1907, S. 228.

7 SB Ch 1909, S. 152.

8 Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung zu Charlottenburg (Vorl Ch) 1908, S. 77 und 1909, S. 124.

9 Beilage der Charlottenburger »Neue Zeit« vom 3.3.1908.

10 SB Ch 1911, S. 518.

11 Vorl Ch 1913, »Bericht über den Stand der Neuregelung der Müllabfuhr«, S. 2.

12 Karl-Heinz Hofmeister-Lemke, Geschichte der Berliner Stadtreinigung, unveröff. Manuskript Berlin 1990, S. 162 ff.

13 Die erste Müllverbrennungsanlage in Deutschland stand ab 1895 in Hamburg am Bullerdeich. Barmen, Frankfurt a.M., Fürth, Kiel und Wiesbaden folgten.

14 Technische Rundschau, Wochenbeilage zum Berliner Tageblatt vom 10.12.1915.

15 Die Städtereinigung, Organ der Arbeitsgemeinschaft der Leiter städtischer Fuhrparks- und Straßenreinigungsbetriebe Deutschlands, 15.7.1937, S. 334.

16 Stadtbaurat Ernst Goger, Die Müllverbrennungsanlage in Berlin-Schöneberg, Bln.-Schöneberg 1924.

17 Vgl. Carmelita Lindemann, Verbrennung oder Verwertung: Müll als Problem um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, in: Technikgeschichte Nr.2/1992.

18 Die Preußische Landesanstalt für Wasser-Boden-Lufthygiene hatte insofern offenbar wenig Einfluß auf die Mittelbehörde. Vgl. Gutachten vom 14.7.1930 betr. Müllplatz in Teltow, LHA Potsdam Rep. 2A I. Pol 2583. Andererseits gab es schon wesentlich früher Beamte auf Kreis- bzw. Amtsebene, die auf die Gefährdung des Grundwassers durch eine Deponie achteten. Vgl. Genehmigung der Mülldeponie Schöneiche durch den Amtsvorsteher Zossen vom 26.11.1915, LHA Potsdam Rep. 2A I. Pol 2582.

19 LHA Potsdam Rep. 2A I. Pol 2583 und 2584.

20 LHA Potsdam Rep. 2A I. Pol 2583.

21 Ebda.

22 Landesarchiv Berlin, Rep.16 Acc 3415, Nr. 230, Bl.63. Dieser Bestand ist die primäre Quelle für die folgende Darstellung. Zitate und Informationen, die anderen Beständen oder Publikationen entnommen wurden, werden extra erklärt. Ansonsten gilt diese Angabe.
23 Niederbarnimer Kreisblatt, 4.Juni 1924.
24 Berliner Müllabfuhr-A.G., Müllverwertung. Ein Industriezweig der Zukunft, Berlin 1928, S. 31 und S. 37.
25 Der »Freiwillige Arbeitsdienst« (FAD) wurde am 23. Juli 1931 durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers eingeführt und richtete sich vor allem an erwerbslose Jugendliche. Im Artikel 1 heißt es u.a., »Gegenstand des freiwilligen Arbeitsdienstes ... können nur gemeinnützige zusätzliche Arbeiten sein.«. Vgl. Benno Hafenegger, »Alle Arbeit für Deutschland«. Arbeit, Jugendarbeit und Erziehung in der Weimarer Republik, unter dem Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit, Köln 1988, S. 99 und S. 218.
26 Vgl. die Zwischenergebnisse vom 30.11.90 der Landschaftsplanerisch-Ökologischen Untersuchung der Tegeler Fließlandschaft, Nr.5; Fachgruppe für Naturschutz und Landschaftspflege Dipl.-Ing. Ch. Grabowski und Dipl.-Ing. Manfred Moeck, S. 28 ff.
27 Landesarchiv Berlin, Rep.16 Acc 3415, Nr. 230, Bl.63.
28 Hans Klose, Märkische Natur und Berliner Müll, in: Naturschutz, Jg.7, Heft 8, Berlin 1926, S. 238 f.
29 Otto Heuser, Düngungsversuche mit Müll, in: Mitteilungen des Vereins zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reich 39 (1921), Nr. 21, S. 383. Dr. Heuser führte zeitweise Feldversuche mit Hanf auf der Schurig'schen Domäne Hertefeld bei Nauen durch.
30 Vgl. Stültz, Die Stadt Berlin und die Kultivierung von Ödländereien, in: Berliner Wirtschaftsberichte 2 (1925), Nr. 33, S. 381-387.
31 Der Name spielt auf den Einsatz von Dampfpflügen an, die die Kultivierungsarbeiten erleichterten. Die Umsetzung des Gesetzes oblag der 1923 gegründeten Deutschen Ödlandkultur-Gesellschaft m.b.H.(Dökult), deren Gesellschafter das Deutsche Reich und der Staat Preußen waren. Vgl. Helmut Kläbe, Die Erschließung der Moore zur landwirtschaftlichen Nutzung. Eine agrarpolitische Untersuchung (=Untersuchungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gegenwart, Bd.II), Leipzig 1933, S. 34 f.
32 Zurek (Landwirt Markee), Praktische Erfahrungen eines Landwirts mit der landwirtschaftlichen Müllverwertung, in: Die Städtereinigung, Jg. 31 (1939), Nr. 2, S. 22. Zurek wurde nach Schurigs Tod 1932 dessen Nachfolger als Betriebsleiter.
33 Heuser, a.a.O., S. 385.
34 Vgl. Hans Martin, Die moderne Müllverwertung unter besonderer Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Nutzung, Diss. Köln 1932, S. 32 ff.
35 LHA Potsdam. Rep. 2 A I. Pol 2583.
36 Vgl. C. Erdmann, Gegenwartsfragen bei der Straßenreinigung und Müllbeseitigung, in: Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung, Bd.30 (1930), Heft.9, S.154-171.
37 Zurek, a.a.O. S. 23.
38 Spöttische Bezeichnung für mit Frischmüll aufgeschüttete Ackerflächen.
39 Auf Müll wächst Blumenkohl. Berlins Gemüse-Lieferant im Havelländischen Luch, in: Vossische Zeitung vom 26.9.1933.
40 Die Städtereinigung Nr. 30/1938.
41 Zurek, a.a.O.
42 Deutscher Gemeindetag, »Richtlinien zur landwirtschaftlichen Verwertung des Mülls«, in: Die Städtereinigung Nr. 19/1939.
43 Die Städtereinigung Nr. 30/1938 und Nr. 2/1939.
44 Vgl. Friedrich Huchting, Prüfung alter Verwertungstechnologien aus Mangel- und Kriegszeiten, hg. vom Umweltbundesamt, Berlin 1980.
45 Heinrich Erhard, Gutachten für die Geschäftsgruppe Rohstoffverteilung der Vierjahresplanbehörde vom 7.4.1937, Umweltbundesamt/Archiv Erhard, C XII, Bl. 52.
46 Charlottenburger Zeitung vom 2.5.1939, Rudolf Braune, Der Müll. Seine Sammlung, Abfuhr und Verwertung unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Verhältnisse, Berlin 1938, S. 121, Die Städtereinigung Nr. 30/1938.
47 Zit. nach: Friedrich Huchting, Abfallwirtschaft im Dritten Reich, in: Technikgeschichte 3/1981, S. 252.

smög, TU Berlin, Büro für Umweltgeschichte, Sekr.: 1710, Ernst-Reuter-Platz 7, 1000 Berlin 10